

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

13 (31.1.1948)

Druck u. Verlag: Badendruck, GmbH, Karlsruhe, Lammstr. 1b-8, Telefon 4051/3. Ausgaben für Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal, Friedrichstr., Kaufm. Schardt.



Einzelverkaufspreis 30 Pfg. Monats-Bezugspreis RM 2.20. Post- und Zustellgebühren. Anzeigenpreis: Die 1000er, Zeile RM 2.-; Ausg. Pforz. RM 1.-. Amtl. stat. Anz. d. Halbe

Truman: „Alles oder überhaupt nichts“

Gegen drastische Kürzungen im Marshall-Plan — „Der Friede der Welt hängt von dem Erfolg dieses Programmes ab“

Washington, 30. Jan. (Dena-Reuters) Präsident Truman erklärte am 29. Januar während einer Pressekonferenz, es sei „absolut notwendig“, daß der Kongreß keine drastischen Kürzungen am Marshall-Plan vornimmt. Er müsse „alles oder überhaupt nichts“ bewilligen werden.

Zu den Berichten, wonach Kongreßausschüsse eine Herabsetzung der von der Regierung vorgeschlagenen sechs Milliarden schätzungsweise fünfzig Millionen Dollar für den ersten fünfzehnjährigen Marshall-Plan um etwa zwei Milliarden dreihundert Millionen Dollar planen sollen, sagte Truman, eine derartige Maßnahme werde das Wiederaufbauprogramm zu einem einfachen Unterstützungsprogramm herabmindern, „wenn wir kein Wiederaufbauprogramm haben können, dann brauchen wir damit gar nicht erst anzufangen.“

„Das Wohlergehen Amerikas und das der Welt wird mit dieser Frage entschieden“, fuhr Truman fort, „stärker kann ich es nicht ausdrücken.“ Der Friede der Welt hänge von dem Erfolg des Programmes ab, da der Wiederaufbau Europas eine Voraussetzung für den Frieden sei.

Er ersuchte den Kongreß um eine Vierjahres-Bewilligung des Marshall-Planes. Alles hänge nur davon ab, wie schnell die europäische Wiederaufbau verspannt ginge. Auf eine andere Frage sagte Truman, daß eine weitere Zusammenkunft der großen Drei, wenn sie überhaupt stattfinden, in Washington abgehalten werden müsse.

In einer Sonderbotschaft an den amerikanischen Kongreß forderte Präsident Truman seine Kontroll-Vollmachten über die Verwendung von Getreide bis zum 31. Oktober zu verlängern. Er wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten mindestens fünfzig Millionen Bushel Weizen zu dem laufenden Erntejahr exportieren müßten, um den dringendsten Bedarf in den übrigen Ländern zu decken. Jedoch stünden nach den vorliegenden Schätzungen nur rund 450 Millionen Bushel für den Export zur Verfügung.

Die Weltbank teilte laut Reuters dem amerikanischen Kongreß am 29. Jan. mit, daß der von der US-Regierung vorgeschlagene Beitrag in Höhe von 6,8 Milliarden Dollar für die ersten 15 Monate des Marshall-Hilfsprogrammes zu niedrig bemessen und wahrscheinlich eine Milliarde Dollar mehr erforderlich seien.

Außenminister Marshall sprach sich am 29. Jan. gegen jede Herabsetzung des amerikanischen Beitrages von 6,8 Milliarden Dollar für die ersten fünfzehn Monate des europäischen Hilfsprogrammes aus. Marshall erklärte: „Ich verändere die Zahl von 6,8 Milliarden Dollar nicht.“

Mahatma Gandhi ermordet

Neu Delhi, 30. Jan. (Dena-Reuters) Mahatma Gandhi wurde am 30. d. Mts. auf seinem Wege zu einer Gebetsversammlung erschossen. Die vier Schüsse wurden aus nächster Entfernung abgegeben und trafen Gandhi in die Brust, worauf er zusammenbrach.

Der Mörder Gandhis, ein junger Hindu namens Nathuram Vinayak Sode, ein radikal eingestellter, fließend englisch sprechender Mann, aus der Provinz Bombay, wurde am Tatort verhaftet.

Mahatma Gandhi, der im Alter von 78 Jahren erschossen wurde, hat sein großes Ziel, die Freiheit Indiens, verwirklichen können. Erst in der jüngsten Entwicklung der indischen Geschichte, die das Land in zwei sich bekämpfende Lager, Pakistan und Hindustan, spaltete, ist es auf seinen Einfluß zurückzuführen, daß beide Parteien sich dazu entschlossen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu einer Verständigung zu gelangen.

Der Mahatma, „Mann mit der großen Seele“, wurde 1869 als Sohn einer begüterten Kaufmannsfamilie in Porbandar an der indischen Westküste geboren. Seine Jugend unterschied sich kaum von derjenigen der jüngeren Söhne seiner Klasse. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in London ließ er sich nach kurzem Aufenthalt in seinem Heimatland 1893 in Pretoria (Südafrika) als Rechtsanwalt nieder.

1914 kehrte er nach Indien zurück und nahm dort sofort den Kampf für die Unabhängigkeit des Landes auf. Gandhis Widerstand gegen die britische Herrschaft führte mehrmals zu seiner Verhaftung und Inkerkerung. Bereits damals fastete er und wurde 1924 aus Gesundheitsrücksichten freigelassen. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges bot der indische Kongreß Großbritannien unter der Bedingung einer baldigen Unabhängigkeit Indiens die Waffenhilfe des Landes an.

Die sich über Jahre erstreckenden, mehrmals unterbrochenen Besprechungen der indischen Unabhängigkeit durch Großbritannien, das 1947 Indien räumte. Damit war Gandhis großes Ziel erreicht.

Im Anschluß an die Bekanntgabe des Todes Gandhis brachen in Bombay Unruhen aus.

Falsche US-Politik verhindert Deutschlands Wiederaufbau

Washington, 30. Jan. (Dena) Der ehemalige amerikanische Senator, Robert M. La Follette unterstützte laut Reuters am 28. Jan. vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats den Marshall-Plan und sprach sich für dessen Durchführung durch das amerikanische Außenministerium aus. La Follette gehörte dem Ausschuß Präsident Trumans an, der bei der Ausarbeitung des Europa-Hilfsprogrammes geholfen hat. Er soll ferner als Beauftragter für die Verwaltung des Planes in Erwägung gezogen werden.

„Deutschland“, so sagte La Follette laut INS, „ist ein trauriges Beispiel dafür, wie eine falsche Politik den Wiederaufbau verhindern kann, und welche Unsinnigkeit — sogar vom Standpunkt des Sparsamkeit aus gesehen — die Knausrigkeit bei der Bewilligung von Unterstützungsgeldern ist.“ Die Politik der Vereinigten Staaten in Deutschland stimme nicht mit der sonstigen amerikanischen Politik überein. Der derzeitige Leerlauf in Deutschland gefährde den Wiederaufbau im restlichen Europa. Die Vereinigten Staaten hätten darauf bestanden, daß Deutschland „Dollar-Gebiet“ sein müsse, und die Besatzungsbehörden weigerten sich, die Bezahlung für deutsche Kohle in anderen europäischen Währungen anzunehmen. „Dami“, so sagte er, „betreibt die amerikanische Militärregierung genau dieselbe Politik, von der die USA wünschen, daß sie von den freien Regierungen Europas aufgegeben wird.“

24 stündiger Proteststreik ausgerufen

Proklamation des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes - Drakonische Strafen gegen Schieber gefordert

Stuttgart, 30. Jan. (Dena) Ein 24stündiger Proteststreik für das gesamte Land Württemberg-Baden wurde am 29. d. Mts. durch den württemberg-badischen Gewerkschaftsbund proklamiert. Der Streik beginnt am Dienstag um 0 Uhr und endet um 24 Uhr. Er gilt nicht für Krankenhäuser, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und solche Betriebe, deren Stilllegung den Verlust

meldewesens aufrechterhalten werden. Die nahen Einzelheiten der Stilllegungen regeln die zuständigen Industrieverbände.

In einer Entschlüsselung betont der Gewerkschaftsbund, daß die Protestaktion sich nicht nur gegen die geplante und bereits angeordnete Kürzung der Fretation, sondern auch gegen den „ungleichgedeckten Tisch“ richte. Es ist falsch, wenn gesagt wird, das ganze deutsche Volk hungere. Es gibt Kreise unseres Volkes, die Not noch nicht zu spüren bekommen haben. Das sind die Schieber, Schwarz- und Schleichhändler, sowie die große Zahl derjenigen, die durch Kompensationen in der Lage sind, sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Der Gewerkschaftsbund fordert daher in seiner Entschlüsselung drakonische Strafen in solchen Fällen. Geldstrafen genügen nicht, Wegnahme von Besitz und Vermögenswerten, die in den Unternehmen und Einweisung in ein Arbeitslager müßte in solchen Fällen verhängt werden.

Der Landessekretär des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Kleinkecht, bezeichnete den Streik als „nächstes große Zeichen“ als ein Signal, daß von heute ab die Gewerkschaften in höchster Alarmbereitschaft stünden. Der Gewerkschaftsbund sei sich der übernommenen Verantwortung voll bewußt. Er wisse auch, daß durch einen Streik zunächst kein Gramm Fett mehr vorhanden sei, er hoffe sich aber davon eine sofortige praktische Auswirkung auf die Regierung. Nach seiner Schätzung werden sich an dem Streik 400 000 bis 500 000 Personen beteiligen.

„Hungern tun allein die ehrlich und anständig denkenden Menschen“, heißt es in einem Flugblatt, das am 30. Januar in 80 000 Exemplaren an die Arbeitnehmer in Württemberg-Baden verteilt wurde und in dem der Bundesvorsitzende des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes alle Werktätigen auffordert, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen zur „Wiederherstellung geordneter, gerechter und gesamtgesellschaftlicher Zustände“ zu unterstützen. In dem Flugblatt erkennt der Gewerkschaftsvorstand die bisher aus Amerika erhaltene Hilfe dankbar an und bittet die Besatzungsmacht, dem deutschen Volk durch erhöhte Einfuhr von Lebensmitteln auch weiterhin zu unterstützen.

Die Belegschaften der in Stuttgart erscheinenden „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ haben beschlossen, sich dem Proteststreik anzuschließen. Die „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“ in Plochingen wird sich dem Proteststreik des württemberg-badischen Gewerkschaftsbundes am Dienstag anschließen. Die Redakteure des Blattes hatten sich gegen den Streik ausgesprochen, wurden aber durch den technischen Betrieb überstimmt, der der Streikauflösung des Gewerkschaftsbundes Folge leisten will.

Der D.-Eil- und Personenverkehr wird, soweit nicht Interessen der amerikanischen Militärregierung betroffen sind, im Rahmen der 24stündigen Proteststreik in ganz Württemberg-Baden eingestellt werden, teilte am 29. d. Mts. die Pressestelle der Reichsbahn mit. Das gleiche gilt für den Güterverkehr. Mit dem gleichen Tag wird der Betrieb von Lebensmittel- und verderblichen Nahrungsmitteln.

Aufruf!

An die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Jugendliche und Frauen von Karlsruhe und Umgebung

Anläßlich des am Dienstag, den 3. Februar 1948, aufgerufenen Proteststreiks finden drei große Maskenankündigungen in Karlsruhe, Durlach und Ettlingen statt und zwar in der Markthalle Karlsruhe, morgens 10 Uhr, Festhalle Durlach, morgens 10 Uhr, Festhalle Ettlingen, morgens 10 Uhr.

Wir rufen alle Arbeiter, Angestellten, Beamten, Jugendliche und Frauen auf, vollzählig an diesen Kundgebungen teilzunehmen.

Gewerkschaftsbund Würtbg.-Baden
Ortsausschuß Karlsruhe
Der Vorstand.

Dr. Köhler zum Nothilfegesetz

Frankfurt, 30. Jan. (Dena) Der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler erklärte am 28. d. Mts., nun sei das Nothilfegesetz zur Regelung der Erfassung und Verteilung von Lebensmittelbeständen verabschiedet worden. Es sei notwendig geworden, um Amerika und England, die bis Ende 1947 für etwa eine Milliarde Dollar Lebensmittel in die Bizone geliefert haben, zu beweisen, daß auch im eigenen Lande alle vorhandenen Lebensmittelvorräte reiblos erfährt und verteilt werden. Seit der Kapitulation seien in die Bizone mehr als 1 1/2 Millionen Tonnen Lebensmittel, darunter 3,8 Millionen Tonnen Getreide und Mehl, geliefert worden. Man könne von den ausländischen Steuerzahlern nicht erwarten, Kosten zu tragen, wenn sie nicht die Überzeugung haben, daß auch die Deutschen das Äußerste leisten.

Den größten Kummer bereite die Fettverzehrung, sagte Dr. Köhler weiter. Der Wirtschaftsrat habe beschlossen, daß die Molkeleier für 1/2 Zuteilungsperioden keine Milch- bzw. Butterrücklieferungen vornehmen sollen. Damit werden rund 500 000 Tonnen Fett, d. h. 28 Millionen Nordmilch, für den Zeitraum vom 1. Februar bis zum 1. März 1948 — allerdings nur für einen kurzen Zeitraum — müsse auch der Selbstversorger auf Butter verzichten.

Außerkurssetzung der 5000 Franc-Noten

Ein Gegenmittel gegen die Inflation — 330 Milliarden Franken in Umlauf

Paris, 30. Jan. (Dena-INS) Die Einführung des freien Goldmarktes und die Schließung aller Banken und Kreditinstitute in Frankreich bis Samstag wurde von der französischen Regierung am 29. Jan. als Teil einer drastischen Maßnahme zur Außerkurssetzung aller 5000-Franc-Noten angeordnet. Das französische Finanzministerium hofft auf diese Weise den Schwarzmarkt zu treffen, der einen großen Teil der hohen Banknoten im Besitz hat. Ferner wird angenommen, daß eine große Anzahl der Geldscheine aus den „Spartkrümpfen“ der Bauern zum Vorschein kommen wird.

Einführende Finanzkreise sehen in der neuen Maßnahme ein Gegenmittel gegen die Inflation. Das Finanzministerium rief die Öffentlichkeit auf, die Annahme größerer Noten zu verweigern und kündigte an, die gegenwärtigen Besitzer der 5000-Franc-Noten würden diese später bei den Banken deponieren können. Demgegenüber zeigt an, daß die Außerkurssetzung der

Banknote nur eine vorübergehende Maßnahme ist

Der französische Ministerrat billigte die Gesetzesvorlage, nach der die 5000-Franc-Noten nicht mehr als gültiges Zahlungsmittel gelten. Der Gesamtwert der umlaufenden 5000-Franc-Noten wird auf etwa 330 Milliarden Franken geschätzt, also etwa ein Drittel des gesamten Notenumschlages.

Auch die französische Nationalversammlung billigte den ersten Artikel des von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurfes über die Außerkurssetzung der 5000-Franc-Banknoten.

Während der Debatte in der französischen Nationalversammlung über die Außerkurssetzung der 5000-Franc-Banknoten bezeichnete der ehemalige französische Premierminister Paul Reynaud die von der Regierung angeordnete Schließung der Banken als „illegal“ und erklärte, die Banknoten seien „selbst eine Ware reicher geworden, um die 5000-Franc-Note.“

Erklärung „unverantwortlich“

Berlin, 30. Jan. (Dena) Als „unverantwortlich“ bezeichnete der gegenwärtige Leiter der Ernährungs- und Landwirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland Dr. C. H. Hamman hier am 29. Jan. die Behauptung des Präsidenten des Zweizonenwirtschaftsrates, Dr. Erich Köhler, daß die bisherigen Lebensmittellieferungen der USA nach der britischen und amerikanischen Zone als ein Geschenk für die deutsche Bevölkerung zu betrachten seien.

Er verwies auf das Bestehen eines Lebensmittelimportkontos bei den zuständigen Finanzbehörden für die vereinte Zone und erklärte, daß die Einfuhren nach wie vor eine Verpflichtung für die deutsche Wirtschaft bedeuten.

Deutsche Gegenanschläge vorgelegt

Frankfurt a. M., 30. Jan. (Eiz. Ber.-sch.) Drei Tage lang haben in Frankfurt die Ministerpräsidenten und die Mitglieder des Hauptausschusses der von den Militärregierungen vorgelegten Entwurf einer Charta zur Neuordnung der Zweizonenwirtschaft, nämlich der Ministerpräsidenten der indischen Unabhängigkeit durch Großbritannien, das 1947 Indien räumte. Damit war Gandhis großes Ziel erreicht.

Im Anschluß an die Bekanntgabe des Todes Gandhis brachen in Bombay Unruhen aus.

Ablehnung bei der CDU

Wie aus München verlautet, wurde die Proklamation der britischen und der amerikanischen Militärregierung zur Neubildung des Wirtschaftsrates von vier CDU/CSU-Politikern der Bizone abgelehnt. Die ablehnende Stellungnahme wird damit begründet, daß Fragen, die derart tief in das staatliche Gebiet eingreifen nicht durch Proklamationen, sondern nur durch eine auf demokratischem Wege zustande gekommene Verfassung geregelt werden könnten.

Die Stellungnahme wurde am 28. Jan. durch den bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard gleichzeitig im Namen des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Dr. Heinrich Köhler, des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold und des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Hessen, Dr. Werner Hilpert, in Frankfurt den Beauftragten der beiden Militärgouverneure überreicht.

Die grundsätzlichen Bedenken der vier Regierungsmitglieder haben sich vor allem gegen diejenigen Punkte der Proklamation gerichtet, die nach verfassungsmäßigen Gesichtspunkten die Staatshoheit der Länder vor allem auf finanziellen Gebieten völlig zunichte machen würden.

Wir betrachten es aber als unsere Pflicht“, so erklärte Dr. Ehard, „darauf aufmerksam zu machen, daß eine Durchführung dieser Proklamation praktische Probleme der staatlichen Neugestaltung mit sich bringt, die nur durch eine Verfassung, niemals aber durch die Diktatur einer Besatzungsmacht gelöst werden können.“ Der Aufbau eines neuen deutschen Staates könne nur aus den deutschen Ländern und aus dem deutschen Volk heraus erfolgen. Eine Ausschaltung der vom Volk gewählten Landtage bei Maßnahmen, die dieses Gebiet betreffen, müßte als ein Rückschlag der demokratischen Entwicklung in den Ländern empfunden werden.

V. Olympische Winterspiele

Feierliche Eröffnung in St. Moritz

Am Freitag eröffnete der Schweizer Präsident Enrico Cella die V. Olympischen Winterspiele bei strahlendem Sonnenschein im Rekord-Internationale der Schweizer Eishockeymannschaft und Kapitän der Eidgenossen, sprach den Olympischen Eid. Fansen antworteten mit Schreien und Böllerschüssen. Die Athleten der 29 Nationen, die an der Eröffnung teilnahmen, wurden im Stadion in St. Moritz empfangen. Die stärksten Beifall erntete neben der amerikanischen Mannschaft die Türkei und die Schweizer Mannschaft. Die stärksten Expeditionen entsandte USA, Großbritannien, Italien, Frankreich und die Schweiz, während Norwegen über ein großes Aufgebot von Eisschnellläufern verfügte.

Zum Ankauf von Lebensmitteln

1 Million Dollar aus Devisen-Bonus

Übertragung des Einkaufs an deutsche Importfirmen / Größte Beschleunigung nötig

Frankfurt a. M., 30. Jan. (Eiz. Ber.-sch.) Staatsrat Dr. Seelos machte auf der Pressekonferenz des Exekutivrates davon Mitteilung, daß aus dem Devisen-Bonus (Arbeitsmerkmale) ein Exportgüter (Schiffen) ein Betrag von einer Million Dollars zum Ankauf von Lebensmitteln freigegeben werden sei. Dieser Betrag sei nach dem Vorschlag des Exekutivrates zu einem großen Teil für den Ankauf von Fleisch, Konserven, Zucker, Hülsenfrüchte, Kaffee und Schokolade verwendet werden. Der Einkauf soll 15 deutschen Importfirmen übertragen werden. Die Beschlüsse des Exekutivrates werden in der nächsten Woche in Kraft treten. Die Beschlüsse des Exekutivrates werden in der nächsten Woche in Kraft treten. Die Beschlüsse des Exekutivrates werden in der nächsten Woche in Kraft treten.

Im Telegrammstil

Washington, 30. Jan. (Dena-Reuters) Außenminister Bevin vorgeschlagen, das England bestimmte Mengen Getreide und Fisch in das besetzte Deutschland abzugeben, um die abnehmende deutsche Lebensmittelvorräte auf 1800 eine in ihrem Stand zu bringen. — Dem amerikanischen Außenministerium wurden am 28. d. Mts. durch den italienischen Bericht über die Möglichkeit einer „Wirtschaftsunion“ zwischen Frankreich und Italien zugeteilt. (AP)

Die Besprechungen zwischen Großbritannien und Norwegen über die Einfuhr von norwegischem Fisch nach Westdeutschland, wurden am 29. d. Mts. abgeschlossen. Es wird angenommen, daß Norwegen zum Export von Fisch im Wert von 2 400 000 Pfund Sterling nach Westdeutschland bereit sei. (Dena-Reuters)

Paris, 30. Jan. Die Kommunisten verloren am Mittwoch durch Abstimmung den Vorsitz der drei wichtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung. (Dena-Reuters)

Die drei Ausschüsse sind: Der Oberbefehlshaber der arabischen Streitkräfte in Palästina, erließ am 29. d. Mts. seine ersten Tagesbefehle, daß er seine Anhänger darauf hinwies, daß sie einem 40 000 Mann starken Gegner gegenüberstehen würden. (Dena)

Stuttgart, 30. Jan. Die Anwerbung deutscher Arbeiter für Frankreich kam zwischen der amerikanischen Militärregierung

Saarkohlenproduktion an Frankreich übertragen

Paris, 30. Jan. (Dena-Reuters) Ein Kommuniqué des französischen Außenministeriums bestätigte am 28. Jan., daß mit den USA und Großbritannien ein Abkommen erreicht worden sei, wonach die Förderung der Saar-Kohlen-Lieferungen an die Bizone würden fortgesetzt verringert, so daß vom 1. April 1949 ab die gesamte Förderung der Saar-Kohlen dem Saargebiet u. Frankreich zur Verfügung stehen werde.

Die grundsätzlichen Bedenken der vier Regierungsmitglieder haben sich vor allem gegen diejenigen Punkte der Proklamation gerichtet, die nach verfassungsmäßigen Gesichtspunkten die Staatshoheit der Länder vor allem auf finanziellen Gebieten völlig zunichte machen würden.

Wir betrachten es aber als unsere Pflicht“, so erklärte Dr. Ehard, „darauf aufmerksam zu machen, daß eine Durchführung dieser Proklamation praktische Probleme der staatlichen Neugestaltung mit sich bringt, die nur durch eine Verfassung, niemals aber durch die Diktatur einer Besatzungsmacht gelöst werden können.“ Der Aufbau eines neuen deutschen Staates könne nur aus den deutschen Ländern und aus dem deutschen Volk heraus erfolgen. Eine Ausschaltung der vom Volk gewählten Landtage bei Maßnahmen, die dieses Gebiet betreffen, müßte als ein Rückschlag der demokratischen Entwicklung in den Ländern empfunden werden.

Kurz beleuchtet

Am 21. Nov. 1947 trafen wegen der ungenügenden Lebensmittelversorgung 100 000 Mannheimer Arbeiter in einen einständigen Generalstreik. Mitte Januar streikten 50 000 Arbeiter des hungernden Ruhrgebietes. Hier und da kam es zu Teilstreiks. Am 23. Januar fand in Bayern ein 24stündiger Generalstreik statt. Nun hat auch der Würt.-Bad. Gewerkschaftsbund den Generalstreik zum 3. Februar proklamiert. Es handelt sich jedesmal um einen kurzfristigen Streik, um eine Protestdemonstration. Ihre Ursache ist bekannt, sie wurde vom bayerischen Gewerkschaftsbund wie folgt begründet: „Diese Demonstration ist eine Warnung an alle beherrschenden Stellen, die die Gesetze und Verordnungen, welche zur Behebung der Not geschaffen sind, nicht konsequent und rücksichtslos durchzuführen. Sie ist eine Warnung an die Kreise der Bevölkerung, die sich ein mühsames Einkommen und ein bequemes Leben auf Kosten der Schaffenden zu sichern und zu erhalten verstehen.“ Die Demonstration, die Warnung durch Generalstreik, richtet sich dem Würt.-Bad. Gewerkschaftsbund zufolge nicht nur gegen die Kürzung der Fretation, sondern gegen den „ungleichgedeckten Tisch“, dagegen, daß die ehrlichen und anständigen Menschen hungern. Es gehe um die „Wiederherstellung geordneter, gerechter und gesamtgesellschaftlicher Zustände“. Dem ist nichts hinzuzusetzen. Das Mittel des Generalstreiks wird von den Gewerkschaften angewandt, weil kein anderer Weg mehr blieb, die Verantwortlichen umfänglich zu warnen. Hoffen wir, daß sie diese letzte Warnung beherzigen. W.B.

Die Belegschaft der „Badischen Neuesten Nachrichten“

Die Belegschaft der „Badischen Neuesten Nachrichten“ schließt sich dem von den Gewerkschaften für Dienstag, 3. Februar, proklamierten Generalstreik an.

Die Dienstag-Ausgabe der BNN fällt daher aus, die erste Ausgabe in der kommenden Woche erscheint am Donnerstag, 5. Februar, in einem Umfang von 4 Seiten, die auch am Samstag, 7. Februar, im Umfang von 6 Seiten.

Schriftleitung u. Verlag der Badischen Neuesten Nachrichten

Washington, 30. Jan. (Dena-Reuters)

Außenminister Bevin vorgeschlagen, das England bestimmte Mengen Getreide und Fisch in das besetzte Deutschland abzugeben, um die abnehmende deutsche Lebensmittelvorräte auf 1800 eine in ihrem Stand zu bringen. — Dem amerikanischen Außenministerium wurden am 28. d. Mts. durch den italienischen Bericht über die Möglichkeit einer „Wirtschaftsunion“ zwischen Frankreich und Italien zugeteilt. (AP)

Die Besprechungen zwischen Großbritannien und Norwegen über die Einfuhr von norwegischem Fisch nach Westdeutschland, wurden am 29. d. Mts. abgeschlossen. Es wird angenommen, daß Norwegen zum Export von Fisch im Wert von 2 400 000 Pfund Sterling nach Westdeutschland bereit sei. (Dena-Reuters)

Paris, 30. Jan. Die Kommunisten verloren am Mittwoch durch Abstimmung den Vorsitz der drei wichtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung. (Dena-Reuters)

Die drei Ausschüsse sind: Der Oberbefehlshaber der arabischen Streitkräfte in Palästina, erließ am 29. d. Mts. seine ersten Tagesbefehle, daß er seine Anhänger darauf hinwies, daß sie einem 40 000 Mann starken Gegner gegenüberstehen würden. (Dena)

Stuttgart, 30. Jan. Die Anwerbung deutscher Arbeiter für Frankreich kam zwischen der amerikanischen Militärregierung

Frankfurt a. M., 30. Jan. (Eiz. Ber.-sch.)

Drei Tage lang haben in Frankfurt die Ministerpräsidenten und die Mitglieder des Hauptausschusses der von den Militärregierungen vorgelegten Entwurf einer Charta zur Neuordnung der Zweizonenwirtschaft, nämlich der Ministerpräsidenten der indischen Unabhängigkeit durch Großbritannien, das 1947 Indien räumte. Damit war Gandhis großes Ziel erreicht.

Im Anschluß an die Bekanntgabe des Todes Gandhis brachen in Bombay Unruhen aus.

Wie aus München verlautet, wurde die

Proklamation der britischen und der amerikanischen Militärregierung zur Neubildung des Wirtschaftsrates von vier CDU/CSU-Politikern der Bizone abgelehnt. Die ablehnende Stellungnahme wird damit begründet, daß Fragen, die derart tief in das staatliche Gebiet eingreifen nicht durch Proklamationen, sondern nur durch eine auf demokratischem Wege zustande gekommene Verfassung geregelt werden könnten.

Am Freitag eröffnete der Schweizer

Präsident Enrico Cella die V. Olympischen Winterspiele bei strahlendem Sonnenschein im Rekord-Internationale der Schweizer Eishockeymannschaft und Kapitän der Eidgenossen, sprach den Olympischen Eid. Fansen antworteten mit Schreien und Böllerschüssen. Die Athleten der 29 Nationen, die an der Eröffnung teilnahmen, wurden im Stadion in St. Moritz empfangen. Die stärksten Beifall erntete neben der amerikanischen Mannschaft die Türkei und die Schweizer Mannschaft. Die stärksten Expeditionen entsandte USA, Großbritannien, Italien, Frankreich und die Schweiz, während Norwegen über ein großes Aufgebot von Eisschnellläufern verfügte.

Washington, 30. Jan. (Dena-Reuters)

Außenminister Bevin vorgeschlagen, das England bestimmte Mengen Getreide und Fisch in das besetzte Deutschland abzugeben, um die abnehmende deutsche Lebensmittelvorräte auf 1800 eine in ihrem Stand zu bringen. — Dem amerikanischen Außenministerium wurden am 28. d. Mts. durch den italienischen Bericht über die Möglichkeit einer „Wirtschaftsunion“ zwischen Frankreich und Italien zugeteilt. (AP)

Die Besprechungen zwischen Großbritannien und Norwegen über die Einfuhr von norwegischem Fisch nach Westdeutschland, wurden am 29. d. Mts. abgeschlossen. Es wird angenommen, daß Norwegen zum Export von Fisch im Wert von 2 400 000 Pfund Sterling nach Westdeutschland bereit sei. (Dena-Reuters)

Paris, 30. Jan. Die Kommunisten verloren am Mittwoch durch Abstimmung den Vorsitz der drei wichtigen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung. (Dena-Reuters)

Die drei Ausschüsse sind: Der Oberbefehlshaber der arabischen Streitkräfte in Palästina, erließ am 29. d. Mts. seine ersten Tagesbefehle, daß er seine Anhänger darauf hinwies, daß sie einem 40 000 Mann starken Gegner gegenüberstehen würden. (Dena)

Stuttgart, 30. Jan. Die Anwerbung deutscher Arbeiter für Frankreich kam zwischen der amerikanischen Militärregierung

port

Allmächtiger Bürokrat

Er ist heute stärker denn je. Je weniger er verwaltet ist, um so mehr wachsen die Ämter. Sie verwalten, was es gar nicht gibt...

KURZE STADTNOTIZEN

Die Sparanlagen der Stadt, Sparkasse Karlsruhe sind 1947 von 247,3 auf 240,2 also um 7,1 Millionen RM zurückgegangen...

Die milde Hand

Wir sollten wieder einmal den Pöbelstand aufnehmen. Wir haben es lange nicht mehr getan. Und die Flut wächst und wächst...

Die Oberbürgermeisterwahl

Wahlrecht - Wahlpflicht! Zum erstmaligen in der Geschichte der Stadt Karlsruhe wird der Oberbürgermeister durch das Volk gewählt...

Die Schulreform der Ostzone

Der Kulturbund der KPD hatte am Mittwoch den früheren Vorsitzenden der Zentralverwaltung in Baden und ehem. Gymnasiallehrer in Freiburg Prof. Dr. W. Heuser zu einem Vortrag über die Schulreform in der Ostzone...

Jugendherbergsverkehr in Nordbaden gefährdet!

Nahzu 2 Jahre sind es her, seitdem einige Männer in Baden den Wiederaufbau eines vollständigen Jugendherbergsnetzes in der Hand genommen haben...

Weniger Brot und Fett im Februar

Lebensmittellieferungen für die 111. Zuteilungsperiode. Auf die Margarine-Abchnitte der Tageskarten und Reisemarken ist Margarine abzugeben...

Das Sportprogramm am Sonntag

Oberliga: Waldhof - Ulm 16. Vikt. Aschaffenburg VfB Mannheim, Schwaben Augsburg VfB Stuttgart...

Karlsruher Schwäzgebabbel

Seitdem daß ich geheirat worre bin, isch's allort so gewest, daß mei' Fraa morgens fünf Minuten vor mir uffsteht...

Unfallstelle „Gustloff“

Die Tragödie eines deutschen Fluchtlingsschiffes. Am 30. Januar sind es 3 Jahre, daß sich in der Ostsee eine der größten Schiffskatastrophen abspielte...

Unfallstelle „Gustloff“

„Steuermann, wer ist denn unterweils, muß ganz nahe bei uns stehen.“ Der Steuermann geht ins Kartenhaus, nachzuschauen...

Unfallstelle „Gustloff“

„Da höcht noch eine zusammengelaufte Menge Menschen sterben.“ Gerettete lag in Wahnwitz in den Augen...



